

 rowohlt repertoire

Leseprobe aus:

Johan Galtung

Kapitalistische Großmacht Europa oder Die Gemeinschaft der Konzerne?

«A Superpower in the Making»

Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf
www.rowohlt.de/repertoire

Inhalt

Vorwort	7
Erstes Kapitel: Der Hintergrund	11
Zweites Kapitel: Die Europäische Gemeinschaft. Ein kurzer Überblick	19
Drittes Kapitel: Allgemeines über den Begriff «Macht»	34
Viertes Kapitel: Die ressourcenbedingte Macht der Europäischen Gemeinschaft	50
Fünftes Kapitel: Die strukturbedingte Macht der Gemeinschaft	58
Sechstes Kapitel: Die Europäische Gemeinschaft und die Länder der Dritten Welt	71
Siebentes Kapitel: Die Europäische Gemeinschaft und die soziali- stischen Länder	89
Achtes Kapitel: Der militärische Aspekt	103
Neuntes Kapitel: «Pax bruxellana» – die europäische Supermacht	122
Zehntes Kapitel: Die Europäische Gemeinschaft – Beginn einer neuen oder Ende einer alten Ära? (Beyond the European Com- munity)	135
Epilog: Nach den Referenda in Norwegen und Dänemark	164
Anmerkungen	167

Erstes Kapitel

Der Hintergrund

In diesen Jahren und Monaten, ja allwöchentlich und tagtäglich nimmt in Westeuropa eine neue Supermacht Gestalt an: die Europäische Gemeinschaft (EG). Dies ist ein langer und problematischer Prozeß. Sicherlich gibt es viele, die der These nicht zustimmen würden, daß die Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft unweigerlich zu einem Superstaat führen und dieser Superstaat früher oder später zwangsläufig in einer Supermacht enden wird – in der Welt, so wie sie heute ist, mit ihrer derzeitigen Struktur und der derzeitigen Führung. Aber den Menschen ist der Blick so sehr durch die Giganten USA und Sowjetunion verstellt, daß es schon eine lange Zeit brauchte, bevor sie sich ernsthaft mit China und manche auch mit Japan zu befassen begannen. Zudem hat man sich häufig auf die Schwächen der Europäischen Gemeinschaft konzentriert, zum Beispiel auf ihren toten Punkt 1965/66, als sie nach der Krise vom 30. Juni von Frankreich boykottiert wurde, anstatt ihre Stärken in den Mittelpunkt zu rücken. Es wurde ausführlich über das Scheitern von Verhandlungen berichtet, nicht aber über die ruhige Alltagsarbeit des Apparats, mit anderen Worten: Journalisten interessieren sich in erster Linie für einzelne dramatische Vorfälle und nicht so sehr für die stetige Entwicklung der Dinge. So liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung in jüngster Zeit denn auch auf den Problemen der beitrittswilligen Länder, anstatt auf den Staaten, die bereits Mitglied der Gemeinschaft sind. Da gibt es endlos lange Listen mit Argumenten für und wider die Gemeinschaft, wie sie gegenwärtig gesehen wird, aber welche Rolle die Gemeinschaft zukünftig spielen könnte, wird nie ernsthaft diskutiert.

Wie bedeutend dies ist, kann kaum genug betont werden. Die Beitrittsanwärter erörtern Probleme, die die Mitgliedsländer bereits ausdiskutiert haben, denn sie müssen ja auf der Grundlage der Verträge von Paris und Rom, vor allem des Gründungsvertrages des Gemeinsamen Marktes beitreten. Zudem müssen sie die Bestimmungen dieser Verträge in der Praxis der Europäischen Gemeinschaft akzeptieren – wo die Kommission zum Beispiel allein im Jahre 1970 und überwiegend im Agrarbereich 2448 Verordnungen in Kraft setzte.¹ Daß sich hieraus Fragen der Anpassung an die bestehenden Realitäten ergeben, liegt auf der Hand, und diese Fragen sind auch Hauptgegenstand zumindest des Teils der Verhandlungen, der an die Öffentlichkeit dringt. Aber der Schwerpunkt der Diskussion in der EG selbst ist weitaus stärker zukunftsbezogen; dies beweisen das Kommuniqué der Haager Gipfelkonferenz vom 1./2. Dezember 1969, die Treffen der Außenminister wie die auf höherer Ebene und vor allem der Davignon- und der Werner-Plan.²

Das bedeutet, daß die beitrittswilligen Länder und die Öffentlichkeit in diesen Ländern nun wohl einen Lernprozeß durchmachen müssen, und zwar insofern, als die Überbetonung der Anpassung in

Detailfragen mit der Unterbetonung der zugrunde liegenden Prinzipien und Perspektiven in Einklang gebracht werden muß. Dabei werden sich Fraktionen bilden, die nicht unbedingt den traditionellen Parteienstandpunkten entsprechen, und diese Fraktionen werden nach wie vor daran interessiert sein, die Richtigkeit ihrer in der bisherigen Debatte vertretenen Ansichten zu beweisen. Die Befürworter werden unterstreichen, daß es leichter sei, sich anzupassen, die Gegner werden dem widersprechen — was dem Eindruck, den diese Länder bisher gewonnen haben, eine gewisse Zeitdimension verleihen wird. Aber solche grundsätzlichen Fragen wie die zukünftige Rolle der EG in der Weltgemeinschaft, ihre Anpassung an die Welt insgesamt und umgekehrt die Anpassung der Welt an sie, Fragen, die viel weiter reichende Folgen für die gegenwärtigen und zukünftigen Mitgliedstaaten haben können, als die Anpassung der Beitrittskandidaten an die EG und der EG an die Beitrittskandidaten — solche Fragen werden fast nirgends gestellt.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der zukünftigen Rolle der EG in der Welt. Wir stützen uns dabei auf das, was bisher geschehen ist, auf gegenwärtige und absehbare Entwicklungen in der Welt sowie auf (hoffnungsvoll genährte) Vermutungen über die Zukunft.

Die These lautet, daß eine neue Supermacht im Entstehen begriffen ist. Schärfer formuliert, heißt das: Die Europäische Gemeinschaft ist ein Versuch der Wiederherstellung

a) einer eurozentrischen Welt, also einer Welt, deren Zentrum in Europa liegt;

b) eines eurozentrischen Europa, also eines Europa, dessen Zentrum im Westen liegt.

Da es sich nun aber so verhält, daß die Welt lange Zeit gerade so aussah — vielleicht seit der Zeit der Großen Entdeckungen oder zumindest seit Beginn der Kolonialherrschaft der westlichen Staaten bis etwa Ende des Zweiten Weltkrieges —, könnten wir unsere These auch so formulieren: Die Europäische Gemeinschaft ist ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, nur mit dem Unterschied, daß nun eine neue Dimension, die moderne Technologie, hinzutritt.

Wir sagen „Versuch“, da es nur kurzfristig gelingen wird. Es ist ein logischer Versuch, mit einiger Grundkenntnis der westeuropäischen Geschichte und ein wenig Gesellschaftstheorie leicht erklärbar und vorhersehbar. Dennoch ist die Gemeinschaft ein geschichtswidriger Ansatz, ein Versuch, gegen die grundlegenden Prozesse, die sich zwischen und mit den Nationen der Welt vollziehen, anzurennen. Da Westeuropa stark ist, wird es Jahre, ja Jahrzehnte der Expansion dauern, bevor Gegenkräfte stark genug sein werden und der neue Gigant das Schicksal aller vor ihm dagewesenen Giganten erleidet.

Was geschah um 1945, daß die Europäische Gemeinschaft als ein Versuch gewertet werden kann, es ungeschehen zu machen? Offensichtlich war Hitlers Drittes Reich von dem mächtigsten Militärbündnis geschlagen worden, das die Welt je gesehen hat. Aber das war nicht

maßgebend. Die Welt hat sehr, sehr viele Kriege zwischen europäischen Mächten erlebt; an dreien davon war Deutschland innerhalb dreier Generationen beteiligt. Per definitionem sind die Kriege zwischen europäischen Mächten die „wichtigsten“ gewesen, insofern die wichtigsten Kriege die von den wichtigsten Mächten ausgetragenen sind. In diesem Sinne war der Krieg gegen Hitler ein um hundert Jahre verspäteter Krieg des 19. Jahrhunderts, ein Krieg, der im Geiste jenes zutiefst dem 19. Jahrhundert verhafteten Mannes, Winston Churchill, geführt wurde. Es war eine innereuropäische Stammesfehde zwischen Nationalstaaten;³ es war kein Krieg des 20. Jahrhunderts: weder ein Kampf um nationale Befreiung vom Kolonialismus, noch ein Volkskrieg zur Befreiung von Ausbeutung durch fremde Mächte oder das eigene Land. Mag der Krieg gegen Hitler am Ende auch anders ausgegangen sein, so war er im Grunde doch ein horizontaler Krieg zwischen souveränen Nationen. Es war ein klassischer Krieg, kein Klassenkrieg, aber auch ein Krieg, der auf beiden Seiten die gesamte Nation mobilisierte.

Was diesen Krieg von anderen unterschied, war seine Technologie und sein Ausmaß. Nie zuvor hatte die Welt erlebt, daß soviel Technik in einem Krieg eingesetzt wurde, der in zunehmendem Maße auf beiden Seiten zum Völkermord ausartete: Völkermord in den eroberten Gebieten, gerechtfertigt durch die Ideologie der Nationalsozialisten, und Völkermord über die Fronten hinweg, gerechtfertigt durch die Ideologie des Krieges. Der Völkermord, den der Verlierer begeht, zum Beispiel mit Gas, gilt allgemein immer noch eher als Verbrechen gegen die Menschheit als der Völkermord, den der Sieger begeht, zum Beispiel mit Bombenteppichen. Die moderne Technik ermöglichte die Verschärfung und Ausweitung der Kriegführung in einem bisher ungeahnten Ausmaß, doch die Struktur des Krieges war die alte.

Auch die Beteiligung der mächtigen europäischen Peripherie — der USA und der Sowjetunion — war an sich nichts Neues; beide Länder waren schon am Ersten Weltkrieg beteiligt gewesen. Aber diesmal war der Einfluß dieser Peripheriebeteiligung ein anderer: er war entscheidend. Europa wurde überrannt. England konnte sich höchstens selbst verteidigen, aber nicht die Achsenmächte schlagen. Der von Deutschland bzw. Japan herausgeforderte Kriegseintritt der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten im Jahre 1941 bedeutete die Niederlage nicht nur für Deutschland, *sondern auch für Europa*. Europa, von Brest (in der Bretagne) bis Brest(-Litowsk), war nicht mehr in der Lage, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. 1945 waren Sieger und Besiegte gleichermaßen erschöpft, heruntergekommen, bankrott; überall irrten frierende und hungernde Menschen durch die Straßen und stocherten in den Ruinen herum. Drei Kriegsmaschinen waren übriggeblieben: die US-amerikanische, die britische und die sowjetrussische. Alle übrigen waren zerschlagen oder auf kleine Einheiten reduziert worden, die im Ausland ausgebildet und stationiert wurden, Partisanengruppen, Einheiten der Maquis und andere Resistance-Kräfte,

usw. Die eigentlichen Sieger waren die USA und die UdSSR; selbst Großbritannien war am Ende.⁴

Nicht nur Deutschland, sondern Europa insgesamt war durch den Krieg zerstört worden. Aber da gab es wichtige Unterschiede. Die Regimes in Westeuropa waren in den Augen der Bevölkerung immer noch im großen und ganzen zur Herrschaft legitimiert: Das nationalsozialistische Deutschland hatte durch Quisling-Regierungen geherrscht, die besetzten *Nationen* hatten Widerstand geleistet (wobei Frankreich wegen eines Gutteils Kollaboration einen Grenzfall bildete), und die *staatlichen* Machtträger hatten in London Zuflucht genommen. Aber in Osteuropa (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Slowakei) waren viele Regimes zu Hitlers Verbündeten gemacht worden, weshalb sich die Bildung von Marionettenregierungen erübrigte, und große Teile der Nationen hatten mit dem Nationalsozialismus kooperiert. Während Westeuropa zum Zeitpunkt der Rückkehr der als legitim definierten Machthaber zwar wirtschaftlich darniederlag, politisch und gesellschaftlich jedoch intakt war, herrschte in Osteuropa sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht das Chaos.

In einem gewissen Sinne entsprach diese Situation durchaus den Fähigkeiten und Möglichkeiten der beiden großen Sieger. Der Sieger im Westen, die Vereinigten Staaten, hatte eher mit Kapital und Technologie als mit einer alles überwindenden, eindeutig politischen Idee gekämpft, und der Krieg war beiden, Kapital wie Technologie, förderlich gewesen. So waren die USA ohne weiteres in der Lage, den total geschwächten Volkswirtschaften Westeuropas Hilfe zu leisten, zumal es mit den dortigen Regimes keine soziopolitischen Differenzen gab. Tatsächlich herrschte zwischen ihnen eine dermaßen große Harmonie und ein so gutes Einvernehmen, daß es für die USA zu einer Selbstverständlichkeit wurde, den westeuropäischen Regimes auch gegen die Bedrohung von seiten jener Kräfte den Rücken zu stärken, die für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung eintraten, insbesondere gegen die kommunistischen Parteien. Daher vollzog sich der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege so, daß die USA den westeuropäischen Regimes und damit der sozioökonomischen Struktur, die diese repräsentierten, Unterstützung gewährten, und das bedeutete mehr als bloße Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und Wiederaufbau der westeuropäischen Produktionsanlagen, nämlich auch und nicht zuletzt „Kampf gegen den Kommunismus“.

Auf der anderen Seite stand der Sieger im Osten, die Sowjetunion. Sie hatte unter Einsatz ihrer eigenen und fremder Ressourcen gekämpft, aber auch mit einer Überzeugung und einer Ideologie, welche dem Haß der meisten Sowjetbürger gegen die nationalsozialistischen Eindringlinge Nachdruck verlieh. Unmittelbar nach dem Kriege war die Sowjetunion nicht in der Lage, wirtschaftliche Hilfe anzubieten. Im Gegenteil, sie schlug Kapital daraus, daß Osteuropa mit dem Nationalsozialismus kollaboriert hatte, und verlangte erhebliche Reparationszahlungen. Zugleich hatte die UdSSR ebenso ausgeprägte Vor-

stellungen über den *politischen* Wiederaufbau, wie die USA über den *wirtschaftlichen*. Sie machte nicht nur die osteuropäischen Regimes, sondern die gesamte Struktur Osteuropas für die Kollaboration verantwortlich, und die einzige Antwort auf diese Schlußfolgerung war eine Revolution. Wie der wirtschaftliche Wiederaufbau im Westen sich in Form von US-Investitionen und Durchdringung der Führungspositionen in der Wirtschaft vollzog, so vollzog sich der gesellschaftspolitische Wiederaufbau im Osten in Form von politischen Investitionen der Sowjetunion sowie einer sehr starken militärisch-politischen Durchdringung der gesellschaftlichen Führungspositionen. Beide Siegermächte, die USA wie die UdSSR, ließen sich dabei von einer zweifachen Absicht leiten: zum einen, sich selbst zu schützen, zum andern, den Typ von Regime zu errichten, der ihnen für andere Völker der beste zu sein schien, nämlich einen, der ihrem eigenen glich. Unglücklicherweise gilt in den Augen des Westens der gesellschaftliche Wiederaufbau als „ideologisch“ und der wirtschaftliche als „technologisch“ – wo doch beide zutiefst politisch sind.

So mußte die eurozentrische Vorkriegswelt denn den ersten Schlag hinnehmen, und zwar nicht nur, weil das ganze Europa zerstört worden war, sondern weil die USA und die UdSSR den jeweils „ihrigen“ (laut Definition der Abkommen von Teheran und Jalta) Teil nach ihrem eigenen Bilde wiederaufbauten, einem Bild, das durch den Sieg über den Feind eine enorme Bestätigung erfahren hatte. Europa wurde nicht nur bizentrisch, nein, es wurde bizentrisch in dem Sinne, daß es fortan ein Zentrum in Washington und eines in Moskau gab, *mit anderen Worten: die zwei neuen Zentren lagen außerhalb Europas*. Dies kommt einer Kolonisation gleich. Aber es war eine Kolonisation in *zwei* Imperien, und die beiden Teile traten sich fast im gleichen Moment feindlich gegenüber, d. h.: *Europa war nicht nur bizentrisch geworden, es wurde auch bipolar*, insofern sich zwei Militärblöcke, NATO einerseits und Warschauer Vertrag⁵ andererseits, herausbildeten.

Wie konnte dies geschehen? Rückblickend vermutlich aus einem ganz einfachen Grunde: der veränderten Hegemonie über Osteuropa. Westeuropa war daran gewöhnt gewesen, daß dies sein Privileg war (wenn es auch hauptsächlich von Deutschland wahrgenommen wurde) – und nun fiel es Moskau zu. Im Westen interpretierte man dies als Ausdruck der Machtgier der UdSSR im allgemeinen und Stalins im besonderen, ohne auch nur mit einem Wort den politischen Bankrott zu erwähnen, den die Mehrzahl der osteuropäischen Staaten mit ihren fast durchweg nicht legitimierten Regimes erlitten hatte. Tatsächlich war das einzige Volk, das als solches der Okkupation durch die Deutschen wirklich Widerstand geleistet hatte, in Jugoslawien zu finden, und selbst dort nicht geschlossen und problemlos. Das Nachkriegsregime Titos besaß also echte, von keiner fremden Macht abhängige Legitimation, wie die Ereignisse vom Juni 1948 zweifelsfrei beweisen. Polen hätte die zweite Ausnahme werden können, wäre sein Wider-

stand nicht im August 1944 gebrochen worden.

Mit Ausnahme des tschechoslowakischen waren die sozioökonomischen Systeme Osteuropas mit ihren feudalen und vorkapitalistischen Strukturen stark zurückgeblieben. *Es mußte Aufbauarbeit geleistet werden*, und es lag in Moskaus eigenem Interesse, daß dies unter seiner Aufsicht geschah, ja häufig sogar von der Sowjetunion selbst übernommen wurde. Auch in Westeuropa mußte Aufbauarbeit geleistet werden, nämlich der wirtschaftliche Wiederaufbau, und es lag im Interesse der USA, dies selbst zu übernehmen. So bot das Ende des Zweiten Weltkrieges beiden Siegermächten Gelegenheit zu expandieren, zu investieren und ihre ökonomische Botschaft und Struktur per Marshallplan und Europäische Wirtschaftsorganisation (OEEC) respektive kommunistische Parteien dem jeweiligen Teil Europas aufzuprägen.

1945 mußte die eurozentrische Welt einen weiteren Schlag von noch größerer Tragweite hinnehmen: *den Anfang vom Ende des Kolonialismus*. Der Erste Weltkrieg hatte die Zerschlagung der beiden europäischen Kolonialreiche, des deutschen (in Afrika und dem Fernen Osten) und des türkisch-osmanischen (in der arabischen Welt) mit sich gebracht. (Spanien hatte als erstes Land seine Kolonien verloren, den größten Teil Lateinamerikas in den Kriegen von 1810–1825, Kuba und die Philippinen in den Kriegen mit den USA um die Jahrhundertwende.) Aber Deutschland war es gelungen, noch vor dem Zweiten Weltkrieg in Osteuropa eine Art Neokolonialreich zu errichten, und im Verlauf des Krieges hatte es dann weitere Schritte in Richtung auf die vollständige Kolonisation unternommen, indem es Osteuropa der Art von Behandlung unterwarf, der die Indianer in Amerika oder die Opfer der belgischen, holländischen, französischen und britischen Kolonialherrschaft andernorts ausgesetzt waren – nur, daß es nicht so publik wurde. Die Hauptformeln dieses deutschen Neokolonialismus hießen Ausrottung, Terror, Zersplitterung und extreme Arbeitsteilung.

In der auf die Niederlage von 1945 folgenden Zeit verloren sechs westeuropäische Mächte ihre Kolonien: Deutschland (in Osteuropa), Frankreich, Italien, Belgien (einschließlich Luxemburg), die Niederlande – und Großbritannien. Die ersten fünf (oder sechs, wenn wir diesen belgischen Appendix, der sich Luxemburg nennt, mit einbeziehen) wurden Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die sechste und letzte Macht, Großbritannien, entwickelte sich zum führenden Beitrittskandidaten. Das bringt uns auf eine Grundformel für das Verständnis der Gemeinschaft: Man nehme fünf zerfallene Kolonialreiche, füge das sechste später hinzu und mache aus all dem ein einziges großes Neokolonialreich. Die Richtigkeit dieses kleinen Rezepts soll in den Kapiteln fünf bis neun geprüft werden. An dieser Stelle wollen wir lediglich darauf hinweisen, daß Spanien (dessen Verfall als Kolonialmacht 150 Jahre früher stattfand), die Türkei (die ihre Eklipse nur um einen Weltkrieg früher erlebte) und Portugal (das in allen Entwicklungen stets hinterherhinkte, so auch in bezug auf den

Verlust seiner Kolonien) nicht dazugehörten. Weder paßte die genannte Formel auf sie, noch paßten ihre Regimes auf die Grundannahme der Europäischen Gemeinschaft von einer strukturellen Gleichartigkeit. Was daraus folgte, soll im zweiten Kapitel dargelegt werden.

Kommen wir zum Schluß: Nach 1945 wurde die Welt nicht mehr von rivalisierenden europäischen Mächten beherrscht. Die Kolonialmächte hatten ihre Reiche verloren oder waren gerade zu der Zeit von ihrem rapide voranschreitenden Verlust betroffen, als Europa selbst in zunehmendem Maße von den beiden neuen Zentren, Washington und Moskau, beherrscht wurde. *Und dies alles vollzog sich in der kurzen Zeitspanne von zehn oder zwanzig Jahren!* Jeder, der nicht wahrhaben will, daß sich die Welt so rasch verändern kann, sollte dies berücksichtigen. Man könnte aber auch sehr wirkungsvoll entgegenen: Es bedurfte einer großen sozialen Katastrophe, eines Weltkrieges, um diese Veränderung zu bewirken, und dennoch ist das soziale Beharrungsvermögen in der Welt so tief verwurzelt, daß sehr rasch Regenerationsbestrebungen auftraten – und gerade dies ist unsere These über die Europäische Gemeinschaft. Europa kann nicht in zwei von der ehemaligen Peripherie beherrschte Teile gespalten werden, und Westeuropa kann seine traditionelle Herrschaft über Osteuropa und die Dritte Welt nicht verlieren, ohne jahrhundertealte Rivalitäten zu überwinden, um die alte Macht zu neuem Leben zu erwecken.⁶

Nichtsdestoweniger waren die Veränderungen real und die Erniedrigung des klassischen Europa gründlich. Dies wurde verschleiert durch den Kalten Krieg, durch einen in höchst gefährliche, aber auch sorgsam ausgewogene Bipolarität umgesetzten Bizentrismus. Beide Teile Europas waren aufgefordert, eine neue Rolle als zweitrangige Befehlshaber zu spielen, wobei eine hohe Wahrscheinlichkeit bestand, daß sie als erste geopfert würden, sollte aus dem Kalten Krieg ein heißer werden. Dies war gewiß nicht im entferntesten die Rolle, die Westeuropa in der Welt zu spielen gewöhnt war. Daß es zu einer gewissen Neuorientierung und Umgestaltung kam, um diese *atimia* (diesen Statusverlust)⁷ ungeschehen zu machen, bedarf wohl keiner besonderen Erklärung – die Beweislast liegt bei all jenen, die meinen, die europäischen Länder hätten sich auf ewig mit der Rolle der Bauern im amerikanisch-sowjetischen Schachspiel abfinden sollen, also mit ihrer Rolle in der *pax americana* bzw. der *pax sowjetica*, welche sich zunehmend zu einer gemeinschaftlichen *pax condominica*⁸ entwickeln.

Unsere Interpretation des Europäischen Gemeinsamen Marktes, wie eine der Gemeinschaften einst genannt wurde, lautet also, daß er bedeutend *mehr* ist als ein „Markt“: Er ist ein Machtkampf, ein Kampf um die Weltmacht für Westeuropa. Er ist auch bedeutend *weniger* als „europäisch“, denn er gilt nur für diejenigen Mächte in Westeuropa, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, wozu vor allem der Verlust von Kolonialgebieten in neuerer Zeit und/oder die NATO-Mitgliedschaft gehören (vgl. die Kapitel zwei und acht). Er ist ein Versuch, die Welt eurozentrisch zu gestalten und das Zentrum Europas im Westen

anzusiedeln, und das sogar mit einer expliziten Friedensphilosophie, einer *pax bruxellana* (neuntes Kapitel) im Hintergrund. Aber innerhalb dieser Grenzen ist er ein „gemeinsamer“ Markt, gemeinsam für diejenigen, die die Rechnung bezahlen. Daß auf der Quittung für diese Rechnung Macht steht, ist für das Verständnis der Europäischen Gemeinschaft unerlässlich. (Eine Analyse des Machtbegriffs wird im dritten Kapitel vorgelegt.) Lassen Sie uns nun zunächst einen kurzen Blick auf einige Merkmale der EG werfen, der EG, wie sie sich entwickelt hat, wie sie sich heute darstellt und wie sie in Zukunft möglicherweise aussehen wird.

Zweites Kapitel

Die Europäische Gemeinschaft. Ein kurzer Überblick

Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, formulierte auf einer Pressekonferenz am 8. Oktober 1971¹ mit sehr einfachen Worten in etwa die Grundstrategie für das Wachstum der Europäischen Gemeinschaft:

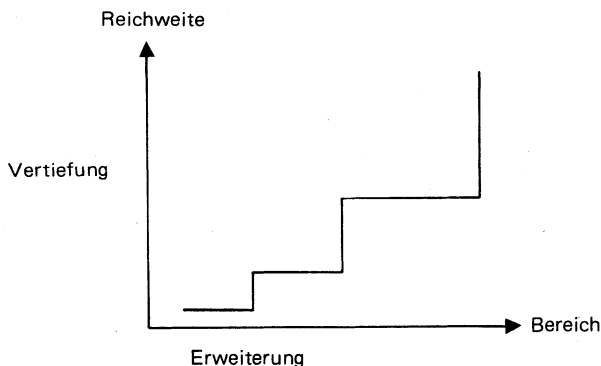
„Wenn die Frage des Beitritts erst einmal geklärt ist, wird auch der Weg für weitere Fortschritte in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion und für eine engere Zusammenarbeit in der Außenpolitik frei sein.“

Die Frage des Beitritts bezieht sich auf das, was in der Sprache der EG als *Erweiterung* und im Sprachgebrauch der Sozialwissenschaft als Ausdehnung des *Bereichs* (domain) dieser Ländervereinigung bezeichnet wird. Die von Brandt genannten Themen – Wirtschafts- und Währungsunion, Zusammenarbeit in der Außenpolitik – betreffen das, was im EG-Sprachgebrauch als *Vertiefung* und im sozialwissenschaftlichen Jargon als *Reichweite* (scope) der Integration bezeichnet wird.²

Dies sind die beiden Achsen, an denen sich die Diskussion über die Europäische Gemeinschaft orientieren kann, und die Brandtsche Äußerung könnte ebenso gut zu einem früheren Zeitpunkt in der Geschichte der EG und in umgekehrter Form gefallen sein: „Wenn die Frage der Vertiefung erst einmal geklärt ist, wird auch der Weg für weitere Fortschritte in Richtung auf eine Erweiterung frei sein.“

Und so sieht die logische Entwicklung der EG aus: Vertiefung bei gleichbleibendem Bereich, gefolgt von Erweiterung bei gleichbleibender Reichweite, gefolgt von Vertiefung bei gleichbleibendem Bereich usw. Wir könnten dies als Treppenhypothese bezeichnen (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1



Immer eines nach dem anderen, nicht beides – Erweiterung und Vertiefung – auf einmal.³ Das Erfolgsgeheimnis der EG liegt bisher vielleicht in ihrer Fähigkeit, einen klaren Blick für das Ziel, „une union sans cesse plus étroite entre les peuples Européens“⁴, mit Pragmatismus und maßvollen Einschränkungen zu verbinden, damit der Prozeß nicht zu rasch voranschreitet.

Zunächst der Hintergrund: Winston Churchills berühmte Rede 1946 in Zürich, in der er sagte: „Wir sollten eine Art Vereinigte Staaten von Europa aufbauen.“ Das Ergebnis war die Gründung des Europarates im Jahre 1949, der umgehend mit einem großen Bereich und einer großen Reichweite, aber mit wenig realer Macht ausgestattet wurde. Die Beschlüsse seines Ministerrates *müssen* einstimmig sein⁵, d. h., jede Regierung hat ein Vetorecht. Der Europarat ist nur eine weitere zwischenstaatliche Organisation, nichts mehr und nichts weniger.

Ganz anders war der in der Erklärung vom 9. Mai 1950 angekündigte, vom französischen Außenminister Robert Schuman in Zusammenarbeit mit Jean Monnet entwickelte Plan zur Schaffung einer Montanunion.⁶ Hier war der Bereich auf zwei Länder, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, begrenzt, die Reichweite beschränkte sich auf Kohle und Stahl, aber die Organisation war echt supranational. Die Vereinigung ging auf eine Erkenntnis zurück, die häufig Marxisten zugeschrieben wird, nämlich, daß die wirtschaftliche Organisation die Basis sei. Im Werner-Bericht⁷ ist dies folgendermaßen ausgedrückt: „Die Wirtschafts- und Währungsunion erscheint somit als ein Ferment für die Entwicklung der politischen Union, ohne die sie (die Gemeinschaft) auf die Dauer nicht bestehen kann.“

Diese Erkenntnis ist in der Tat das gemeinsame Erbe von Konservativen, Liberalen wie Marxisten. Sie stammt aus einer Ära, die vielleicht um die Zeit der Industriellen Revolution begann, und zeigt sich heute noch fast genauso von Produktion und Produktivität fasziniert.

Sodann wurde die Erkenntnis mit schulbuchähnlicher Klarheit in Realität umgesetzt, indem man von etwas sehr Konkretem, nämlich Kohle und Stahl, ausging und um einen festen Kern der Wirtschaftsorganisation herum Macht aufbaute. Der nächste Schritt erfolgte bereits am 18. April 1951, als aus den Zwei die Sechs wurden: Der Vertrag von Paris begründete die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die Reichweite blieb dieselbe, aber der Bereich wurde beträchtlich und in einer für diesen Prozeß typischen Weise erweitert: Der Kern ist sehr stark (Frankreich und die BRD), während drei der vier neuen Mitglieder (Belgien, die Niederlande und Luxemburg) vergleichsweise schwach und unbedeutend sind. Die gleichzeitige Aufnahme von vier neuen Mitgliedern scheint übrigens fast eine Regel zu sein . . .

Damit war also die erste der Gemeinschaften gegründet und konnte ihre Arbeit aufnehmen. Dann kam einer der wenigen Fehlschläge in diesem Prozeß, obwohl es beinahe ein Erfolg geworden wäre: Der Versuch einer bedeutenden Vertiefung der Kooperation durch Ergänzung

der EGKS durch eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). In der Nacht vom 30. auf den 31. August 1954 wurde der Vertrag, der bis dahin bereits von den Regierungen der Sechs unterzeichnet und von fünf Parlamenten ratifiziert worden war, von der französischen Nationalversammlung abgelehnt – wenn auch nur knapp, nämlich mit 319 gegen 264 Stimmen (aus bekannten, unterschiedlichen Gründen stimmten Kommunisten und Gaullisten mit Nein). Wir werden darauf im achten Kapitel zurückkommen.

Die Bemühungen um die Vertiefung der Kooperation schiefen deshalb jedoch nicht ein, sondern nahmen lediglich eine andere Richtung. Am 25. März 1957 kamen die zwei Verträge von Rom, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Gemeinschaft für Atomenergie (Euratom) gegründet wurden; seit der Konferenz von Messina im Juni 1955 waren sie gut vorbereitet worden. Als Hauptaufgabe der EWG kristallisierte sich sehr rasch die Errichtung einer Zollunion heraus, die dann bereits 18 Monate früher als vorgesehen (am 1. Juli 1968) mit der Aufhebung der Binnenzölle, der Einführung eines gemeinsamen Außentarifs gegenüber Drittländern *und* einer gemeinsamen Agrarpolitik vollendet wurde. Am 8. Februar 1967 folgte der Beschluß, in allen sechs Mitgliedstaaten ein einheitliches Mehrwertsteuersystem einzuführen. Am 1. Juli 1967 wurden die Hohe Behörde der EGKS und die Kommissionen von EWG und Euratom zusammengelegt, so daß die Europäischen Gemeinschaften fortan eine gemeinsame Kommission, einen Ministerrat und ein Europäisches Parlament besaßen.

In der Zeit nach den Römischen Verträgen fand aber nicht nur eine beachtliche Vertiefung, sondern auch eine Erweiterung der Mitgliedschaft statt – nur, daß die neuen „Mitglieder“ nicht europäische Vollmitglieder waren, wie im Artikel 238 des Römischen Vertrages vorgesehen, sondern außereuropäische assoziierte, „zweitklassige“ Mitglieder gemäß dem Vierten Teil des Vertrages („Länder und Hoheitsgebiete“). Die am 1. Juni 1964 in Kraft getretene Erste Jaunde-Konvention assoziierte der EWG 18 ehemalige Kolonien der Mitgliedstaaten; davon waren 14 ehemals französisches Gebiet, 3 belgisches und 1 italienisches („Italienisch-Somalia“).

Diese Periode ist in Europa jedoch vor allem wegen eines anderen Vorstoßes in Richtung auf Erweiterung der Gemeinschaft bekannt: wegen der Verhandlungsbemühungen und Beitrittsgesuche Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens. Die Erklärung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle vom 14. Januar 1963, daß England für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft noch nicht reif sei, ließe sich entsprechend der allgemeinen Treppenhypothese vielleicht auch so interpretieren, daß die Gemeinschaft noch nicht reif genug für den britischen Beitritt war. Die Vertiefung war noch nicht so weit gediehen, daß man eine Erweiterung hätte vornehmen können.

Im Zeitpunkt der Erklärung war es – und ist es sogar heute noch – üblich, die persönlichen Motive de Gaulles hervorzuheben, seine be-